

# Berufsbildung *im Fokus*



**Unterrichts-  
versorgung –  
BBS sind  
benachteiligt**

**BLVN auf  
der Didacta**

**Berufsbildungs-  
bericht 2015:  
Mehr Ausbildungs-  
stellen denn je  
unbesetzt**

# Inhalt

## Grußwort

Mehr Ausbildungsstellen denn je unbesetzt

## Bildungspolitik

Viele offene Fragen zur beruflichen Bildung  
dbb Lehrerverbände im Gespräch mit der KMK:  
Vielfalt der Bildungswege aufzeigen  
BLVN/VLWN-Schulleitertreffen in Verden  
BLBS und VLW – Fuldaer Erklärung zur Lehrerbildung  
verabschiedet  
Viel Dynamik bei dualen Studienangeboten – Aktuelle  
Auswertung der BIBB-Datenbank „Ausbildung-Plus“  
Ökolandbau in der landwirtschaftlichen Berufsbildung,  
muss das sein?  
Zentrale Stellenvergabe für die BBS ohne sichtbaren Erfolg  
Unterrichtsversorgung-BBS sind benachteiligt

## Aus dem Bundesvorstand

Internationalisierung als Strategie Berufsbildender Schulen

## Aus dem Landesvorstand

Schwerpunkthemen der Landesverbandsarbeit:  
Woran arbeitet der Landesvorstand momentan?  
Archiv: Geeignete Verbandsmaterialien gesucht  
BLVN auf der Didacta

## Aus den Bezirks-/Ortsverbänden

IHK zu Gast bei Kohlessen des Bezirks Oldenburg  
Mitgliederversammlung der BLVN-Ortsgruppe Meppen

## Informationen für Frauen

3 Fortbildung „Arbeitsrecht im Hinblick auf Frauen“ 11  
Entwurf der Neufassung des Niedersächsischen  
Gleichberechtigungsgesetzes (NGG) 11

## Informationen für Senioren

5 Studien- und Besichtigungsreise für die BLVN-Senioren 12  
5 Regelaltersrente – Später Rente beziehen  
bringt mehr Geld 12  
6 Rentenminderung bei vorzeitiger  
Inanspruchnahme einer Rente 13

## Wir informieren

7 Besoldungsgesetzesentwurf ohne innovativen Ansatz 13  
7 CDU: Zukunftskonzepte gegen den  
Fachkräftemangel umsetzen 13  
8 Land soll beamteten Lehrern die Bücher bezahlen 14  
Immer mehr Azubis sammeln Auslandserfahrung 14  
8 18.000 junge Menschen in Ausbildung  
nutzen 2014 Erasmus+ 14

## Persönliches

9 Wir gratulieren 15  
9 Wir gedenken 15

*Alle Mitglieder erhalten kostenlos den  
Infobrief „BLVN Aktuell“.  
Diese aktuellen Informationen erhalten Sie  
vom Ansprechpartner Ihrer Schule  
und können ihn auf unserer Homepage  
[www.blv-nds.de](http://www.blv-nds.de)  
herunterladen.*



## Impressum

**Schriftleitung:** Clarissa Herrmann, c.herrmann@blv-nds.de

**Redaktionsteam:** Heinz Ameskamp, Lothar Lücke, Clarissa Herrmann,  
Bernd Wübbenhorst

**Autorinnen/Autoren dieses Heftes:**

Heinz Ameskamp, Pankraz Männlein, Günter Pätzold,  
Thomas Hildebrandt, Karl Kempkens, Günter Denninger,  
Stefan Nowatschin, Bernd Wübbenhorst, Norbert Boese, Ludwig Most,  
Gerda Neumeister, Gerhard Over, Marion Weilke-Gause, Peter Bahr

**Herausgeber:** Heinz Ameskamp, Vorsitzender des BLVN

**Geschäftsstelle:** Ellernstraße 38, 30175 Hannover

Telefon (0511) 324073, [www.blv-nds.de](http://www.blv-nds.de)

**Verlag:** dbb Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin,  
[www.dbbverlag.de](http://www.dbbverlag.de)

**Fotos:** Deutsche Messe, privat: Titelseite,  
Clarissa Herrmann: Seite 2

**Anzeigen:** Bernd Wübbenhorst, [b.wuebbenhorst@blv-nds.de](mailto:b.wuebbenhorst@blv-nds.de)

**Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien,  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern

**ISSN-Nummer:** 2190-7064

**Redaktionsschluss: 19. Juli 2015**



## Mehr Ausbildungsstellen denn je unbesetzt Sinkendes Ausbildungsplatzangebot



Foto: privat

Heinz Ameskamp

*Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde des BLVN,*

der Berufsbildungsbericht 2015 wurde von der Bundesregierung vorgestellt. Daraus geht hervor, dass im vergangenen Jahr 522 200 Ausbildungsverträge abgeschlossen wurden. Das entspricht einem Rückgang von 1,4 Prozent.

Gleichzeitig erreichte die Zahl der gemeldeten unbesetzten Ausbildungsstellen mit 37 100 (plus 10 Prozent) im langjährigen Vergleich einen neuen Höchst-

stand und die Zahl der unversorgten Ausbildungsplatzsuchenden ging auf rund 20 900 (minus 0,8 Prozent) zurück.

„Der Ausbildungsmarkt hat sich aus Sicht der Jugendlichen leicht verbessert und bietet ihnen so viele Chancen wie nie zuvor“, sagte Bundesministerin Johanna Wanka bei der Vorstellung des Berufsbildungsberichtes. „Dennoch gilt: Wir müssen die gesellschaftliche Wertschätzung der dualen Ausbildung wieder erhöhen. Die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung muss in den Köpfen ankommen“. Zugleich warnte unser Bundesverband BLBS vor einem „Akademisierungswahn“, ohne aber die Durchlässigkeit des Systems im Sinne der Chancengleichheit einzuschränken. Für die jungen Menschen muss die Frage präsent sein arbeitsloser Akademiker oder gefragter Handwerker beziehungsweise Facharbeiter zu werden.

Die Ursachen für diese Entwicklung sind vielschichtig. Unter anderem nehmen die demografische Entwicklung, die zunehmende Studierneigung und auch die zunehmenden Schwierigkeiten der Unternehmen, offene Ausbildungsplätze zu besetzen, darauf Einfluss. Offenbar wird es zunehmend grundsätzlich schwieriger, das betriebliche Angebot und die Nachfrage der Jugendlichen – beruflich, regional, anforderungsspezifisch – zusammenzuführen.

Damit verbunden ist wohl auch, dass die Ausbildungsbetriebsquote erneut um 0,5 Prozent auf jetzt 20,2 Prozent gesunken ist. Dabei sank die Zahl der Ausbildungsbetriebe im kleinstbetrieblichen Bereich (bis neun Beschäftigte) um 4,3 Prozent. Dem entgegen stieg die Zahl der Ausbildungsbetriebe bei den mittelgroßen Betrieben um 0,8 Prozent und bei den großen Betrieben um 0,6 Prozent.

Setzt sich dieser Trend fort, so könnte sich die nicht gewünschte Situation entwickeln, dass die Kleinstbetriebe keine Bewerber mehr bekommen und aufhören auszubilden, während die mittelgroßen und großen Betriebe als Ausbildungsbetrieb verstärkt ausgewählt werden. Das wäre keine gute Entwicklung. Aber wie kann dem entgegengewirkt werden?

Zudem muss die folgende Realität mit in die Überlegungen einbezogen werden: Nur 48 Prozent aller Azubis, die in Kleinstbetrieben vor allem des Handwerks gelernt haben, bleiben in dem Beruf, den sie gelernt haben. Dabei sind nur unfreiwillige

vollständige Berufswechsel mit signifikanten Einkommenseinbußen verbunden. Bei Personen, die in einem verwandten Beruf arbeiten, kommt es im Durchschnitt nicht zu Einkommenseinbußen gegenüber jenen, die im erlernten Beruf verbleiben.

Gilt für das Erwerbsleben noch, einmal Bäcker immer Bäcker oder einmal Klempner immer Klempner? Von wegen. Knapp die Hälfte aller jungen Erwerbstätigen wechselt nach der Ausbildung ihren Beruf (48 Prozent). Ein Drittel (32 Prozent) arbeitet anschließend immerhin in einem verwandten Bereich, 16 Prozent jedoch in einem Job, in dem sie das, was sie gelernt haben, nur noch selten anwenden können.

Um dem weltweit hoch geschätzten Dualen Berufsausbildungssystem neue positive Impulse zu verleihen sind offene objektive Anstrengungen aller daran Beteiligten notwendig. In Niedersachsen wurden in einer einjährigen Arbeitszeit von den Sozialpartnern Handlungsempfehlungen zum Bündnis Duale Berufsausbildung erarbeitet und der Kultusministerin Frauke Heiligenstadt im April überreicht.

Die Berufsbildenden Schulen als Partner der Dualen Berufsausbildung waren in die Steuerungsgruppe nicht eingebunden. Über die fünf nachgeordneten Arbeitsgruppen waren Vertreter der Berufsschullehrer über den nbb und den DGB mit jeweils einer Person in den bis zu 25 Personen großen Arbeitsgruppen vertreten.

Jetzt gilt es, die Handlungsempfehlungen der Sozialpartner aus bildungspolitischer Sicht zu bewerten. Die Berufsschullehrerverbände werden sich der Aufgabe unverzüglich annehmen. Unbestritten ist, dass vor dem Hintergrund der aktuellen Herausforderungen in der dualen Berufsausbildung schnellstmöglich Entscheidungen und Qualitätsmaßnahmen erforderlich sind, um den Fachkräftebedarf der Wirtschaft zu bedienen. Dabei sind aber nicht nur der Dualpartner Schule, sondern auch der Dualpartner Betrieb gefordert, Schritte zur Verbesserung der Situation anzugehen.

Der BLVN wünscht sich eine sachlich differenzierte Diskussion, in der Schulzuweisungen keinen Platz haben, sondern das partnerschaftliche konstruktive Miteinander auf Augenhöhe für eine qualifizierte Berufsausbildung im Fokus stehen sollte.

Der Dualpartner Berufsschule als Regionales Kompetenzzentrum und damit als regionaler Bildungsdienstleister, sollte durch die ihm zur Verfügung gestellten Rahmenbedingungen in der Lage sein, Veränderungen und Herausforderungen schnell und flexibel begegnen zu können.

Warum ist das wichtig? Niedersachsen ist mit seinen 46 Schulträgern von sehr heterogen auftretenden Berufsbildenden Schulen und wirtschaftlich maximal unterschiedlichen Regionen kaum zentral aus Hannover bis in die einzelne Region beziehungsweise Berufsschule zu steuern. Dies mag gelingen in Zeiten des Überflusses an Menschen und Ausbildungsbeziehungsweise Arbeitsplätzen, in denen man das Entstehen von Bildungsverlierern wohl akzeptieren konnte – wird aber immer dann scheitern, wenn im Emsland, im Harz, im Wendland oder an der Küste spezifische Lösungen gefragt sind, um alle demografischen Reserven mobilisieren zu können.

Was wird dazu benötigt? Man muss im Grunde einen Handlungsrahmen mit einem Werkzeugkasten öffnen, in dem besondere re-

gionale Lösungen für alle Beteiligten möglich sind. Die Berufsbildenden Schulen müssen dazu wieder die entsprechenden Budgets und Stellenverantwortlichkeiten bekommen. Schnelle und individuelle Lösungen sind mit dem Blick auf die derzeitige Stellenbewirtschaftung und auf die stecken gebliebene Verordnungsermächtigung für das gemeinsame Budget nicht mehr so ohne Weiteres möglich.

Auf der anderen Seite braucht es in enger Abstimmung mit der Wirtschaft Strukturen in den Bildungsgängen, die einen frühzeitigen und nachhaltigen Kontakt über Praktika oder eine Dualisierung ermöglichen. Die Dualisierung muss aber eine qualitative duale Berufsausbildung fördern und auf die Ausbildungszeit angerechnet werden.

Für den Dualpartner Betrieb sind branchen- beziehungsweise berufsspezifisch und regional sicherlich in mehr oder minder starkem Umfang Ausbildungsimpulse erforderlich, um die Attraktivität der Dualen Berufsausbildung zu stärken. Auch eine wertschätzende Anschlussbeschäftigung dürfte von zentraler Bedeutung sein. Erst

im April hat die Bundesagentur für Arbeit gewarnt, dass bis 2030 flächendeckende Engpässe in technischen Berufen möglich seien. Gleichzeitig sei mit einem Überangebot an Arbeitskräften unter anderen bei kaufmännischen Dienstleistungen zu rechnen.

Der BLVN hofft auf zukunftsorientierte Lösungen im Sinne der Stärkung der beruflichen Bildung und ist gespannt, welche Ergebnisse uns das Jahr 2015 dazu bringen wird.

Getragen von der Überzeugung, dass die berufliche Bildung ein wesentlicher Bildungs- und Wirtschaftsfaktor in einer Industrienation ist, wird der BLVN auch weiterhin seine Positionen einbringen und die anstehenden notwendigen Reformprozesse konstruktiv und kritisch begleiten.

In diesem Sinne grüßt Sie ganz herzlich

*Heinz Ameskamp,  
BLVN-Landesvorsitzender*

## Bildungspolitik

# Viele offene Fragen zur beruflichen Bildung

(rb) Nach Ostern will das Kultusministerium Dienstbesprechungen mit den Leitungsteams der 140 niedersächsischen Berufsbildenden Schulen (BBS) abhalten. Falls diese nicht erneut als reine „Mittlungsveranstaltungen“ gedacht sind, wie von vielen Schulleiter/-innen erwartet, könnte dabei durchaus lebhaft diskutiert werden. Neben dem dürftigen Effekt, die die im vergangenen Sommer vom Kultusministerium angeordnete zentrale Stellenbewirtschaftung mit 30 Besetzungen von 700 vakanten Positionen gebracht hat, würden die Schulen gern auch über die konkreten Pläne der rot-grünen Koalitionäre für die berufliche Bildung sprechen. Denn im Kern dreht sich seit dem Regierungswechsel vor mittlerweile zwei Jahren alles um die Gretchenfrage, ob es mit dem Transfer der Erkenntnisse aus dem ehemaligen Modellversuch „ProReKo“ weitergeht, wie es der Landtag 2010 einstimmig beschlossen hatte, oder ob es beim faktischen rot-grünen Moratorium für die Entwicklung der BBS zu innovativen, eigenständigen Regionalen Kompetenzzentren für berufliche Bildung und Orientierung bleibt.

Für Heinz Ameskamp, Vorsitzender des Berufsschullehrerverbandes Niedersachsen, wurde dem ProReKo-Transferprozess mit dem neuen Erlass zur Stellenbewirtschaftung nicht nur ein „zentrales Erfordernis“ entzogen, sondern den Schulleitungen auch jede Chance genommen, die von ihnen im vergangenen Jahr geplanten Maßnahmen zur optimierten Besetzung freier Positionen umzusetzen. Zudem sei bisher nur über Stellen und Budgets im Rahmen der Übertragung von ProReKo-Erkenntnissen gesprochen worden, nicht aber über die dabei erzielten qualitativen Entwicklungsschritte der beruflichen Bildung. Mit Blick auf das Bündnis duale Ausbildung, das Zukunftsforum Demografie und auf den allgemeinen Fachkräftemangel müssten sich die Kompetenzzentren flexibel und schnell den Entwicklungsschritten der Wirtschaft stellen, drängt der Leiter einer BBS. „Berufliche Bildung ist Wirtschaftsförderung – wer dies nicht ernstnimmt, gefährdet den Wirtschaftsstandort Niedersachsen“, sagt Ameskamp. Die Landesregierung habe dem System bereits 321 Stellen entzogen.

Er hält den Anspruch, eine BBS wie eine allgemeinbildende Schule zentral zu führen, für unangemessen. „Kompetenzzentren für berufliche Bildung können und werden sich nur entwickeln, wenn sie nach dem Grundsatz der Gestaltungsfreiheit gesteuert werden“, glaubt der Schulleiter. Einstellungsermächtigungen, die den Schulen zweimal pro Jahr im Zuge eines „Stellenausgleichsverfahrens“

erteilt werden, störten empfindlich den notwendigen Handlungsspielraum der BBS. Eine mittel- bis langfristige Personalplanung sei damit nicht mehr möglich. Der Verbandsvorsitzende weist zudem drauf hin, dass die budgetierten Landesmittel mittlerweile nur noch für Befristungen mit Sachgrund, also in der Regel nur noch für Vertretungslehrkräfte, zur Verfügung stehen. Für Befristungen ohne Sachgrund würden nun ebenfalls „Einstellungsermächtigungen“ benötigt. Die versprochene Beantwortung von Anfragen zu Stellen innerhalb kürzester Zeit sei eine „Farce“ – mehrere Wochen seien die Regel. Als Begründung werde Personalmangel angegeben.

Nach monatelangem Rätselraten haben die BBS mit dem Erlass vom 2. März jetzt endlich Gewissheit über die aktuellen Mittelzuweisungen: Danach gibt es pro Lehrersollstunde 167 Euro. Kleine Schulen erhalten einen Sockelbetrag von 40 000 Euro, große Schulen einen Höchstbetrag von 350 000 Euro. Allerdings kann dieses Budget nur noch für die Vertretung unvorhersehbarer Ausfälle (Mutterschutz, Elternzeit oder Krankheit) ausgegeben werden. Ferner dürfen die Verträge in einem ersten Schritt nur bis zum Ende des jeweils laufenden Schulhalbjahres und erst dann gegebenenfalls auch für das anschließende Halbjahr geschlossen werden – sofern die Vertretungskräfte dann noch zur Verfügung stehen. „Planungsfähigkeit im Personalbereich sieht anders aus“, kritisiert Ameskamp. Er geht davon aus, dass die Mehrzahl der Schulen das Geld kaum ausgeben kann, da es durch die enge Mittelbindung schwer werden dürfte, Personal zu gewinnen.

Zudem habe sich die Unterrichtsversorgung trotz demografischer Entwicklung kaum verändert und sei gleichbleibend schlecht. An manchen Schulen liege sie deutlich unter 85 Prozent. Die Bewältigung der Flüchtlingsproblematik lasse sich nicht zur Zufriedenheit der Schulen vor Ort lösen, da Kooperationsverträge mit der Caritas und anderen Institutionen nicht mehr so schnell beziehungsweise gar nicht mehr umsetzbar seien. Die Lehrerausbildung in den Mangelfächern müsse umgehend und deutlich gestärkt werden. Unsicherheiten bestünden zudem darüber, welche Veränderungen mit dem Bündnis duale Berufsausbildung auf die BBS zukämen, etwa in der Berufsorientierung, im Berufseinstiegssystem und in den Berufsfachschulen. Das klingt, als gäbe es Themen genug für anregende nachösterliche Dienstbesprechungen.

*Bri (Aus Rundblick Nr. 49)*

# dbb Lehrerverbände im Gespräch mit der KMK

## Vielfalt der Bildungswege aufzeigen

**12. März 2015 – Die Notwendigkeit, Schüler und Eltern noch besser über die Vielfältigkeit der Bildungswege aufzuklären, ist gemeinsames Ziel von dbb Lehrer\*innenverbänden und der Kultusministerkonferenz (KMK). Beim heutigen Jahresgespräch in Leipzig haben beide Seiten übereinstimmend betont, dass es noch immer Defizite im Wissen über die vielfältigen Wege und Aufstiegsmöglichkeiten in der Bildungsbiografie junger Menschen gibt. Gemeinsames Ziel sei es, für jedes Kind die richtige Schule zu finden, bei Bedarf Wechselmöglichkeiten anzubieten und so passgenau zu Ausbildung oder Studium zu führen.**

Die KMK, deren Präsidium 2015 von Sachsens Bildungsministerin Brunhild Kurth geleitet wird, traf auf die vom Vorsitzenden der Fachkommission Schule, Bildung und Wissenschaft, Jürgen Böhm (Verband Deutscher Realschullehrer – VDR), angeführte dbb Delegation, in der zudem der VBE (Verband Bildung und Erziehung), DPhV (Deutscher Philologenverband), VDR (Verband Deutscher Realschullehrer), BLBS (Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen) und VLW (Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen) vertreten waren.

Die Chancen der vielfältigen Bildungslandschaft wurden in dem Meinungsaustausch auch unter dem Aspekt der Fachkräftegewinnung, der Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund und der Förderung leistungsschwächerer Schülerinnen und Schüler beleuchtet. Die dbb Lehrer\*innenverbände appellierten an die KMK, die jeweiligen Landesmaßnahmen und -erfahrungen bei Berufsorientierung und Integration systematisch zu bündeln und daraus bundesweit realisierbare Empfehlungen abzuleiten. KMK-Präsidentin Kurth bat die Lehrer\*innenverbände um Unterstützung dabei, der Wirtschaft zu verdeutlichen, dass die Praxis der vergan-

genen Jahre, Ausbildungsplätze abzubauen oder zusehends an Abiturienten zu vergeben, angesichts des Fachkräftemangels in die Sackgasse führe.

Weitere Themen waren die Hürden des unlängst eingeschlagenen Weges zu einem bundeseinheitlichen Abitur und Fragen der Lehrerbildung. Die Gewerkschaften nutzten zudem das Gespräch, an die für die Lehrkräfte zuständigen Schulministerinnen und -minister zu appellieren, sich in den aktuellen Tarifverhandlungen zwischen den Gewerkschaften und den in der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) zusammengeschlossenen Landesfinanzministerinnen und -ministern solidarisch mit den Forderungen der Lehrerschaft zu zeigen.

### Die Lehrerverbände unter dem Dach des dbb:

- BLBS (Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen) [www.blbs.de/](http://www.blbs.de/),
- DPhV (Deutscher Philologenverband) [www.dphv.de/](http://www.dphv.de/),
- KEG (Katholische Erziehergemeinschaft) [www.keg-deutschlands.de/](http://www.keg-deutschlands.de/),
- VBE (Verband Bildung und Erziehung) [www.vbe.de/](http://www.vbe.de/),
- VDR (Verband Deutscher Realschullehrer) [www.vdr-bund.de/](http://www.vdr-bund.de/),
- VLW (Bundesverband der Lehrer an Wirtschaftsschulen) [www.vlw.de/](http://www.vlw.de/)

Quelle: [www.vnl-vdr.de/presse2015-03-12-dbb.html](http://www.vnl-vdr.de/presse2015-03-12-dbb.html)

## BLVN/VLWN-Schulleitertreffen in Verden

**Zu einem Gedankenaustausch zu den in der Ziffer 1. von Heinz Ameskamp angesprochenen Problemen kamen am 20. März 2015 über 55 Schulleiter/-innen des BLVN und des VLWN in Verden zusammen, an dem auch die Personalräte der Stufenvertretungen teilnahmen.**

Eingeladen waren die Abteilungsleiterin der Abteilung 4 (Berufliche Bildung) im MK, Erika Huxhold, sowie die Leiterin des Referats 42 (Gewerbliches Schulwesen, Qualitätsmanagement und Steuerung berufsbildender Schulen), LMR Cornelia Hartwig. Frau Huxhold referierte über Empfehlungen der fünf Arbeitsgruppen des „Bündnisses Duale Berufsausbildung“ (AG 1: Stärkung der Berufsorientierung an allen Schulformen; AG 2: Entwicklung eines Konzeptes für eine koordinierte Beratungsstruktur; AG 3: Einstiegs-system berufsbildende Schulen; AG 4: Integration von unversorgten Jugendlichen in duale Berufsausbildung; AG 5: Wohnortnahe Beschulung und Qualitätssicherung).



LMR Cornelia Hartwig, AL der Abteilung 4, Erika Huxhold, stellvertretende Landesvorsitzende des VLWN, Astrid Fabian, und Landesvorsitzender des BLVN, Heinz Ameskamp (von links)

Neben allgemeinen Aussagen zum Verfahren und zu den Inhalten der Empfehlungen der Arbeitsgruppen konnten allerdings von Frau Huxhold keine Aussagen zur Auswirkung der Empfehlungen auf die Weiterentwicklung der Berufsbildenden Schulen gemacht werden.

Frau Hartwig nahm in ihrem Referat Bezug auf den ReKo-Prozess und machte deutlich, dass ein Beratungs- und Unterstützungssystem bei der Stellenbewirtschaftung erhalten bleiben soll, also die Stellenbewirtschaftung an BBS weiterhin durch MK und LSchB zentral gesteuert werden soll. Auch die Budgetsteuerung soll weiterhin zentral erfolgen.

In einer anschließenden Frage- und Diskussionsrunde machten die Schulleiter/-innen deutlich, dass bei der momentanen Vorgehensweise des MK systembedingte Hemmnisse dafür sorgen, dass das Budget nicht zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung ausgegeben werden kann. Es wurde mehr Flexibilität für die Schulen gefordert.

Frau Huxhold und Frau Hartwig sagten zu, die dargestellten Probleme im MK zu prüfen und gegebenenfalls für Abhilfe zu sorgen. Hoffen wir, dass das schnell geschieht, denn Probleme mit Stellenbewirtschaftung und Budget an Berufsbildenden Schulen, die diese an sach-gerechten Lösungen behindern, sind ja nicht neu und immer wieder vorgetragen worden.

Die Schulleiter/-innen und die Verbandsvorstände von BLVN und VLWN werden zu dieser Problematik ein Positionspapier entwickeln, das wir dann auch veröffentlichen werden.

aus: *BLVN Aktuell*, Nr. 64, April 2015



# BLBS und VLW – Fuldaer Erklärung zur Lehrerbildung verabschiedet

Die BLBS- und VLW-Lehrerbildner haben auf einer gemeinsamen Tagung grundsätzliche Positionen zur wissenschaftlich fundierten und praxisorientierten Aus-, Fort-, und Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern an beruflichen Schulen diskutiert. Ein wichtiger Aspekt dabei ist die Entwicklung von Strukturen und Kulturen in den einzelnen Phasen und Institutionen der Lehrerbildung. Die Kooperation zwischen den Beteiligten in den Universitäten, Studensemminaren und Ausbildungsschulen ist zu fördern und zu institutionalisieren.

## Universitäres Studium

Vor diesem Hintergrund waren sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einig, dass der hohe Qualitätsstandard in der bisherigen grundständigen universitären Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer an Berufsbildenden Schulen zu garantieren und zu steigern ist. Die Anerkennung des Masterabschlusses (oder des 1. Staatsexamens) als Voraussetzung für den Eintritt in den Vorbereitungsdienst (Referendariat) ist bundesweit sicherzustellen. Ein problemloser Studienortwechsel innerhalb Deutschlands ist zu gewährleisten.

## Betriebspraktikum

Zum Studium gehört ein einjähriges gelenktes betriebliches Fachpraktikum. Dieses kann auch durch eine einschlägige Berufsausbildung ersetzt werden.

## Vorbereitungsdienst (Referendariat)

Die zweite Phase der Lehrerbildung, die Ausbildung im Vorbereitungsdienst, wird an staatlichen Studienseminaren bzw. vergleichbaren Einrichtungen zusammen mit Berufsbildenden Schulen in mindestens 18 bis 24 Monaten durchgeführt. Aufgabe des Referendariats ist die Entwicklung reflexiver Handlungskompetenz. Der Abschluss des Vorbereitungsdienstes ist bundesweit anzuerkennen.

## Berufseinstieg

Dem Berufseinstieg und dem Lernen im Beruf ist - auch mit Blick auf die Personalpflege und die Personalentwicklung - ein größerer Stellenwert als bisher zuzumessen. Ein besonderer Handlungsbedarf besteht im Bereich der Lehrerfort- und -weiterbildung. Neue Organisationsformen und didaktische Konzepte mit innovativen Perspektiven sind zu implementieren und zu evaluieren.

Verantwortlich: Pankraz Männlein (VLW)  
und Günter Pätzold (BLBS)

## Viel Dynamik bei dualen Studienangeboten

### Aktuelle Auswertung der BIBB-Datenbank „AusbildungPlus“

**Duale Studiengänge sind nicht nur weiterhin „in“, das Angebot wird auch immer vielfältiger. Das große Interesse bei Jugendlichen, Betrieben sowie (Fach-)Hochschulen und Berufsakademien an dieser Ausbildungsform, die hohen Praxisbezug mit wissenschaftlichem Anspruch verknüpft, ist ungebrochen. Dies zeigt eine aktuelle Auswertung der Datenbank „AusbildungPlus“ im Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) für das Jahr 2014.**

Auf der Basis freiwilliger Angaben von Anbietern dualer Studiengänge verzeichnet die Datenbank inzwischen 1 505 duale Studiengänge für die Erstausbildung mit rund 95 000 Studierenden. Dabei zeichnen sich interessante Entwicklungen ab: So ist der Bereich der praxisintegrierenden Studiengänge überproportional gewachsen, er überwiegt inzwischen gegenüber den ausbildungsintegrierenden Modellen. Das breiteste Angebot mit 1 014 Modellen bieten weiterhin die Fachhochschulen, aber auch 71 Angebote für ein duales Studium an Universitäten und 188 Studienangebote für die Erstausbildung an Berufsakademien sind in der BIBB-Datenbank erfasst.

Die klassische Variante dieser anspruchsvollen Ausbildung ist das ausbildungsintegrierte Studium, das eine Berufsausbildung mit einem Bachelorstudium kombiniert und mit zwei Abschlüssen endet. Ihr sind rund 39 Prozent der Angebote zuzuordnen. Daneben finden sich in der BIBB-Datenbank „AusbildungPlus“ mittlerweile zu knapp 50 Prozent andere Formate wie praxisintegrierende Studiengänge, die einen akademischen Abschluss mit geregelten Praxisphasen in Unternehmen verbinden. Zugenommen haben darüber hinaus Mischformen, in denen es Studierende mit verschiedenen Vertragsvarianten gibt, zum Beispiel Ausbildungs- oder Praktikumsvertrag. Diese Angebote machen rund knapp zwölf Prozent aus.

Die BIBB-Auswertung zeigt eine Konzentration dualer Studienangebote auf die Wirtschafts- und Ingenieurwissenschaften sowie Informatik. Verstärkt entwickeln sich aber auch Angebote im Bereich Sozialwesen, Erziehung, Gesundheit und Pflege. Dieser Bereich umfasst mittlerweile elf Prozent der dualen Studienangebote in der Erstausbildung. Bemerkenswert sind auch duale Studiengänge, die neben Bachelor und Berufsabschluss zusätzlich einen Meistertitel oder andere Fortbildungsabschlüsse ermöglichen. Ein Praxisbeispiel ist das triale Studium Handwerksmanagement (B.A.) an der Fachhochschule des Mittelstands (FHM) an mehreren Standorten bundesweit. Eine Handwerksausbildung kann hier mit der Weiterbildung zum Meister und dem Bachelorstudiengang Handwerksmanagement kombiniert werden. Teilnehmende erwerben damit in vier bis viereinhalb Jahren drei anerkannte Bildungsabschlüsse: Gesellen-, Meister- und Bachelorabschluss.

„AusbildungPlus“ ist ein bislang vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördertes Projekt des BIBB. „Herzstück“ ist eine Datenbank, die bundesweit über duale Studiengänge und Zusatzqualifikationen in der dualen Berufsausbildung informiert, also über Qualifizierungsangebote, die eine duale Ausbildung mit weiteren Bildungsangeboten verknüpfen. Interessierte Jugendliche können die Datenbank kostenlos nach passenden Angeboten durchsuchen. Anbieter – zum Beispiel Betriebe, (Fach-) Hochschulen oder Berufsakademien – können ihre Ausbildungs- und Studienangebote kostenlos veröffentlichen.

Weitere Informationen in „AusbildungPlus: Duales Studium in Zahlen – Trends und Analysen 2014“. Der Bericht steht unter [www.ausbildungplus.de](http://www.ausbildungplus.de) zum Download bereit.  
Ansprechpartnerin im BIBB: Antje Leichsenring

Bonn, 5. März 2015

# Ökolandbau in der landwirtschaftlichen Berufsbildung, muss das sein?

**Anfang Dezember 2014 kamen über 80 Experten aus allen Regionen Deutschlands auf Einladung der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen in Fulda zusammen, um über die Integration des Themas ökologischer Landbau in die landwirtschaftliche Berufsbildung zu diskutieren. Die zentrale Frage dabei: Brauchen wir (mehr) ökologischen Landbau in der landwirtschaftlichen Ausbildung und wenn ja, wie könnte dies gelingen?**

Rund eine Million Hektar in etwa 24 000 Betrieben werden in Deutschland ökologisch bewirtschaftet. Das entspricht einem Anteil von über acht Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland, Tendenz steigend. Laut Angaben des Deutschen Bauernverbandes können sich knapp 15 Prozent der Landwirte eine Umstellung auf Ökolandbau vorstellen. Somit ist für 20 bis 25 Prozent der bundesdeutschen Betriebe Ökolandbau bereits heute ein Thema. Gleichzeitig gibt es eine intensive gesellschaftliche Diskussion um landwirtschaftliche Themen, wie zum Beispiel Tierwohl, Biodiversität, Gentechnik und Klimawandel, der sich alle Betriebe stellen müssen. All dies spiegelt sich in der landwirtschaftlichen Ausbildung nicht wider. Zwar gibt es an einigen Orten spezielle Angebote für den Ökonachwuchs und auch der bundesweit geltende Rahmenlehrplan bietet Möglichkeiten, Themen des Ökolandbaus aufzugreifen. Aber bis auf wenige Ausnahmen findet Ökolandbau in den Berufs- und Fachschulen und auch in der normalen überbetrieblichen Ausbildung kaum Platz im Unterricht.

Im April 2014 haben die 16 Länderagrarminister den Bundeslandwirtschaftsminister aufgefordert, dieser Situation Rechnung zu tragen, Ausbildungsverordnung sowie Rahmenlehrplan neu zu gestalten und Themen wie Ökologischer Landbau, Tierwohl und Biodiversität aufzunehmen. Diese Initiative nahmen die bio-offensive und das AgrarBündnis zum Anlass, um zu einer Tagung einzuladen. Über 80 Landwirte, Ausbilder, Beruf- und Fachschullehrer, für Bildung Zuständige, Verbandsvertreter und Ministerialbeamte diskutierten miteinander, wie Themen des ökologischen Landbaus in die landwirtschaftliche Berufsbildung integriert werden können.

## Warum gehören Themen wie Ökolandbau und Tierwohl in den Unterricht?

Viele Gründe sprechen für die Integration des Ökolandbaus in die landwirtschaftliche Berufsbildung. Wenn 20 bis 25 Prozent der Betriebe ökologisch wirtschaften oder über eine Umstellung nachdenken (Studie Deutscher Bauernverband) und wenn die Nachfrage nach deutschen Bioprodukten die heimische Erzeugung bei Weitem übersteigt, dann geht es nicht mehr um spezielle Nischen, sondern um Chancen für viele Betriebe. Darüber hinaus, so stellten es be-

sonders die Lehrkräfte heraus, muss die Berufsbildung auch den Anspruch erfüllen, die angehenden Betriebsleiter möglichst breit auszubilden, eine Offenheit für die Vielfalt der vorhandenen Formen der Landwirtschaft zu erwirken und selbstredend auch die gesellschaftlichen Herausforderungen zu berücksichtigen.

## Positive Beispiele zeigen, wie's geht

An einigen Berufs- und Fachschulen werden schon heute Themen des Ökolandbaus vorbildlich und erfolgreich integriert. Dabei geht es nicht darum, die Schüler zu Experten des Ökolandbaus zu machen. Vielmehr sollen Vorurteile abgebaut und sowohl das Prinzip der ökologischen Wirtschaftsweise als auch die Chancen des Biomarktes vermittelt werden.

## Streitpunkt Rahmenlehrplan und Ausbildungsverordnung

Besonders lebhaft wurde die Diskussion, nachdem der im Bundeslandwirtschaftsministerium zuständige Referatsleiter Stefan Heym und der Bildungsreferent des DBV, Martin Lambers, in ihren Vorträgen deutlich hatten durchblicken lassen, dass sie keine Notwendigkeit einer Änderung von Rahmenlehrplan und Ausbildungsverordnung sehen. Viele Teilnehmer sahen das jedoch anders. Einige Bundesländer jedenfalls haben sich bereits auf den Weg gemacht und Veränderung eingeleitet. So hat **Bayerns** Landwirtschaftsminister Brunner unter anderem eine diesbezügliche Überarbeitung der Lehrpläne und eine umfassende Fortbildung von Lehrkräften angeordnet. In **Hessen** wurde mit Wirkung zum 1. August 2014 das Lernfeld Ökologischer Landbau in den Lehrplan der landwirtschaftlichen Fachschulen aufgenommen und es ist darüber hinaus geplant, den Lehrplan der Berufsschulen zu ändern. **Schleswig-Holstein** hat seit dem vergangenen Jahr den ökologischen Landbau in die landwirtschaftliche Erstausbildung integriert. **Niedersachsen** setzt unter anderem auf die Schulung von Lehrkräften und die Erarbeitung von Unterrichtsmaterialien und Lernsituationen zum Ökolandbau.

## Und wie geht's weiter?

Bei der Tagung wurde deutlich, dass es an zentralen Koordinatoren zur Entwicklung dieses Themas fehlt. Es bedarf einer bundesweiten Abstimmung zur Erarbeitung von entsprechenden Lehrplänen. Ein Konzept zur Fortbildung von Lehrern muss erarbeitet und umgesetzt und die vorhandenen brauchbaren Unterrichtsmaterialien und -module müssen gesichtet und bereitgestellt werden.

*Diese Zusammenfassung beruht auf Angaben von Dr. Karl Kempkens (Landwirtschaftskammer NRW) und Günter Denninger (Bundesring Agrarwirtschaft)*

# Zentrale Stellenvergabe für die BBS ohne sichtbaren Erfolg

**(rb) Hannover. Nach der jüngsten Sitzung des Kultusausschusses des Landtags, zu der die Christdemokraten eine Unterrichtung über die aktuelle Stellensituation an den 140 Berufsbildenden Schulen des Landes (BBS) beantragt hatten, hagelte es Kritik an Kultusministerin Frauke Heiligenstadt.**

Der CDU-Landtagsabgeordnete André Bock forderte, den umstrittenen Erlass zur Stellenbewirtschaftung an Berufsbildenden Schulen unverzüglich zurückzuziehen. Die seit dem vergangenen Sommer vom Ministerium zentral vorgenommene Stellenvergabe habe nicht zur gewünschten Steigerung der Unterrichtsversorgung an den BBS beigetragen, die nach aktuellen Angaben des Ministeriums auch im November 2014 landesweit nur bei 88,9 Prozent lag. Das Ergebnis

zeige, dass die Schulen sehr wohl in der Lage seien, die Stellenbewirtschaftung selbst vorzunehmen. Das sollte das Ministerium umgehend wieder ermöglichen. Zudem müsse die Landtagsentscheidung zur Weiterentwicklung der BBS von 2010 weiterhin umgesetzt und die Beratung der Schulen intensiviert werden. Die CDU kündigte einen umfangreichen Antrag zur beruflichen Bildung für das März-Plenum an. Dass sich die Zahl der ehemals rund 700 unbesetzten Stellen nach der zentralen Stellenbewirtschaftung lediglich auf 670 Stellen reduziert hat, bewertete sogar die SPD-Landtagsfraktion als „keine echte Trendwende“. Ähnlich äußerte sich die FDP. Den Schulen sei die Beweglichkeit und Gestaltungsfreiheit genommen worden, beklagte auch Heinz Ameskamp, Vorsitzender des Berufsschullehrerverbandes.

# BBS sind benachteiligt

**Empfundene Missstände werden höchst selten durch das „Prinzip Hoffnung“ gelöst. Daraus ergibt sich, dass Veränderungen nur geschehen, wenn man sie selbst anpackt. Das gilt auch für die Unterrichtsversorgung an den Berufsbildenden Schulen.**

Im letzten Jahr haben wir als IHK deshalb einen verstärkten Dialog mit den Schulleitern sowie zahlreichen Lehrern unserer Berufsschulen begonnen. Wir sprechen über deren Entwicklung, Demografie, künftige Zusammenarbeit bei den Prüfungen, neue Ausbildungsmodelle, Berufsorientierung – und die Unterrichtsversorgung. Diese kristallisiert sich als „das“ Kernproblem der Berufsschulen heraus. Unser Berufsbildungsausschuss hat sich daraufhin positioniert und fordert eindringlich eine Verbesserung.

Die Analyse der Situation in unserer Region deckt sich mit Meldungen in den Medien, beispielsweise im „Rundblick Nordreport“ vom 4. März und 14. August 2014. Darin wird die durchschnittliche Unterrichtsversorgung der Berufsbildenden Schulen in Niedersachsen für Ende 2013 mit 88,6 Prozent beziffert. Gleichzeitig ist bekannt, dass der entsprechende Wert an den Gymnasien bei deutlich über 100 Prozent liegt. Dass die Unterrichtsversorgung sogar an allen anderen Schulformen besser ist als an Berufsschulen, ist leider kein neues Phänomen.

Bildungsgerechtigkeit wird zwar von vielen gefordert, doch ist sie offensichtlich nur ein verheißungsvolles Schlagwort für Sonntagsreden. Klar, „Gerechtigkeit“ ist im realen Leben immer ein wenig Utopie. Doch so eklatante Unterschiede zwischen den Schulformen, wie sie heute existieren, haben konkrete Auswirkungen auf die Qualität der beruflichen Bildung. Das Erfolgsmodell „duale

Ausbildung“ kann auf Dauer nur dann funktionieren, wenn die Partner ihre volle Leistungsfähigkeit erbringen können.

Es gibt wohl kein Ausbildungsunternehmen, das sich nicht schon einmal über Unterrichtsausfälle geärgert hat. Es ist auch nicht neu, dass auch Schulen sich über den einen oder anderen Ausbildungsbetrieb ärgern, der seine Ausbildungsleistung nicht im vollen Umfang bringt. Nur nützt schimpfen und hoffen nichts – wir müssen im Rahmen unserer Möglichkeiten konstruktiv dafür sorgen, dass die Partner der dualen Ausbildung imstande sind, die geforderten Leistungen zu bringen.

Die Ausbildungsunternehmen müssen ihr politisches Gewicht und ihre Stimme einbringen. Dasselbe erwarten wir von den Schulleitungen der Berufsschulen gegenüber dem Kultusministerium: eine klare und nachhaltige Handlungsstrategie für eine aufgaben- und bedarfsgerechte Versorgung der Berufsschulen. Die Unternehmen sollten nicht nur mit ihren Ansprechpartnern in den Schulen sprechen. Sie sollten jede Gelegenheit nutzen, das Thema Unterrichtsversorgung und Bildungsgerechtigkeit passend anzusprechen.

Anders als bei allgemeinbildenden Schulen gehen die Eltern der BBS-Schüler in der Regel nicht auf die Straße oder beteiligen sich an entsprechenden Protesten oder Resolutionen. Die Ausbilderinnen und Ausbilder haben in diesem Kontext quasi die Rolle der Eltern inne. Ziel ist es, die Qualität der dualen Ausbildung zu stärken und die Verantwortlichen zu einer Lösung zu bewegen.

*Dr. Thomas Hildebrandt*

*Quelle: Oldenburgische Wirtschaft, März 2015*

## Aus dem Bundesvorstand

# Internationalisierung als Strategie Berufsbildender Schulen

**Im Rahmen der Didacta 2015 in Hannover fand am 26. Februar 2015 die Podiumsdiskussion „Internationalisierung als Strategie Berufsbildender Schulen“ statt, an der der stellvertretende Bundesvorsitzende des BLBS, Stefan Nowatschin, einen aktiven Part übernahm.**

Nowatschin betonte im Rahmen der Diskussion die hohe Bedeutung des internationalen Dialogs und der Arbeit der Lehrkräfte an Berufsbildenden Schulen. Es sei aber zu arbeitszeitintensiv, die EU-Mobilitätsprogramme zu beantragen, durchzuführen, zu dokumentieren und zu evaluieren.



Von links: Frau Rückert (Fachberaterin Berufsbildende Schule Northeim), Herr Brenneke (Berufsbildende Schule Northeim), Frau Paulmann (Niedersächsisches Kultusministerium), Herr Nowatschin (BLBS), Herr Reuter (Berufsbildende Schule Jever)

Politisches Ziel sei es hingegen, die EU-Mobilitätsquote der Schülerinnen und Schüler sowie von Auszubildenden zu erhöhen, um ihnen Erfahrungen in anderen europäischen Lebensbereichen und im Arbeitsleben zu ermöglichen. Um dieses Ziel zu erreichen, müsse die Mehrarbeit, die die Berufsschullehrkräfte mit hohem Engagement und in hoher Qualität leisten würden, jedoch durch entsprechende Schulbudgetaufstockungen unterstützt werden, so Nowatschin.

*Stefan Nowatschin,  
stellvertretender*

*Bundesvorsitzender des BLBS*



## In eigener Sache:

### Schwerpunktthemen der Landesverbandsarbeit: Woran arbeitet der Landesvorstand momentan?

**Der BLVN-Landesvorstand möchte Sie an dieser Stelle regelmäßig über die Schwerpunkte seiner Arbeit unterrichten. Dadurch soll den Mitgliedern unseres Verbandes die Arbeit transparenter gemacht werden. Auskünfte zu den einzelnen Themen erteilt Ihnen gerne der Landesvorstand; Sprechen Sie uns an!**

Die Nachlese der Delegiertenversammlung des BLVN am 21. und 22. November 2014 im Hotel Park Soltau in Soltau ist unter anderem Thema auf der Hauptvorstandssitzung am Samstag, 7. März 2015 gewesen und ist damit nun abgeschlossen. Nun beginnt die Umsetzung der Beschlüsse auf den verschiedenen Ebenen beziehungsweise in den verschiedenen Gremien.

Der neue Landesvorstand hat zusammen mit dem Hauptvorstand die Ergebnisse der DV in Soltau analysiert und wird die aus der DV mitgegebenen Arbeitsaufträge aus den angenommenen beziehungsweise den zur Bearbeitung überwiesenen Entschlüssen und Anträgen in den nächsten Monaten und Jahren versuchen umzusetzen. Daneben wird weiterhin die aktuelle bildungspolitische Entwicklung die Arbeit bestimmen.

Ein Schwerpunkt für die Arbeit in den nächsten Jahren wird daneben der Aufbau einer optimierten Kommunikationsstruktur innerhalb des BLVN sein. Die Klausurtagung am 17./18. Oktober 2014 hat dazu bereits Wege aufgezeigt. Dieses hat ihre Fortsetzung in der Arbeit verschiedener, auf der Klausurtagung eingerichteter AGs gefunden.

Die Entschlüsselung zum neuen Grundsatzprogramm des BLVN „Perspektiven beruflicher Bildung“ – Grundsatzprogramm des Berufsschullehrerverbandes Niedersachsen e.V. – ist auf der DV einstimmig beschlossen worden mit dem Hinweis auf eine BV-Namenskorrektur und einer verstärkten inhaltlichen Aussage zur IT-Administration an den Berufsbildenden Schulen. Eine AG des LV wird am 16. Mai dazu einen Vorschlag erarbeiten, der dann auf der nächsten HV im Sommer beschlossen werden kann. Danach wird das Grundsatzprogramm zusammen mit der dazugehörigen Kurzfassung und PP-Präsentation in der Endfassung vorliegen und veröffentlicht werden.

Der BLVN wehrt sich dabei nach wie vor in Kooperation mit dem VLWN massiv gegen die Rücknahme von Elementen des ReKo-Prozesses durch das Kultusministerium. Die Rücknahme der frei-

en Stellenanteile von den Berufsbildenden Schulen und deren zentrale Bewirtschaftung sowie die massiven Stellenstreichungen bremsen die von allen Parteien im Landtag mitgetragene Entwicklung der Berufsbildenden Schulen zu Regionalen Kompetenzzentren vor deren endgültigen Umsetzung aus und sind nicht hinnehmbar.

Gespräche dazu werden auch vom neuen Landesvorstand mit dem Ministerium, dem Staatssekretär und der Ministerin geführt. Auch werden die anderen an der beruflichen Bildung Beteiligten in die Gespräche einbezogen. Die berufliche Bildung darf wegen ihrer zentralen Zukunftsbedeutung nicht geschwächt werden, sondern muss zukunftsicher den Anforderungen entsprechend aufgestellt werden.

Die Optimierung der Umsetzung des ReKo-Prozesses an den Berufsbildenden Schulen bleibt weiterhin eines unserer zentralen Anliegen. Daneben ist die Erhaltung beziehungsweise Stärkung der im Land Niedersachsen unterschiedlich aufgestellten Berufsfachschulen und aller anderen Vollzeitschulformen an den Berufsbildenden Schulen ein Schwerpunkt unserer Arbeit. Ebenso sind die Stärkung und Sicherung der Berufseinstiegsschulformen an den Berufsbildenden Schulen sowie die Erhaltung und Stärkung der dualen Bildung in der Berufsschule weitere zentrale Themengebiete unserer Arbeit, auf denen unser Verband in Kooperation mit dem VLWN sachgerechte Lösungen anstrebt.

Auf Landesebene sowie auch auf regionaler Ebene arbeiten unsere Vertreter zusammen mit allen Partnern der beruflichen Bildung an einer Lösung der noch vorhandenen Fragen. Ein Beispiel dazu ist unsere Mitarbeit im der AG „Bündnis für duale Ausbildung“ des MK. Wir sind nach wie vor zuversichtlich, mit der Landesregierung einvernehmlich zukunftsorientierte Lösungen zu finden.

Die Ausbildung von Berufsschullehrern oder innovative, reale Wege zur Beschaffung von qualifiziertem Lehrpersonal an unseren Berufsbildenden Schulen bleibt nach wie vor ein wichtiges Anliegen des Landesvorstandes in Gesprächen mit den Verantwortlichen. Dazu wird zukünftig auch verstärkt das Thema „Nachwuchsgewinnung“ im Fokus des BLVN stehen.

*Norbert Boese, BLVN-Landesvorstand*

## Archiv: Geeignete Verbandsmaterialien gesucht

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

unsere Ursprungsverbände – der VLAEH (früher Verband Landwirtschaftlicher Berufsschullehrkräfte), der BLBS Niedersachsen und der „Bundesring der Landesverbände der Lehrer an beruflichen Schulen im Bereich Agrarwirtschaft i. d. BRD“ – blicken auf eine 65-jährige Geschichte und Tradition zurück.

Ehe die Dokumente und Unterlagen dieser Verbände in Vergessenheit geraten beziehungsweise verloren gehen, möchten wir eine zentrale Zusammenstellung von Verbandsdokumenten durchführen.

Sollten Sie noch über entsprechende Unterlagen verfügen und diese uns zur Verfügung stellen können, bitten wir Sie, sich mit einer Kurzangabe, welche Schriften Sie in welchem Umfang zur Verfügung stellen können, in der BLVN-Geschäftsstelle mit Adressangabe zu melden. Je nach gemeldetem Umfang werden wir eine Arbeitsgruppe zusammenstellen, die sich dann mit Ihnen in Verbindung setzt und die Archivierung bearbeitet.

*F. d. R. Ludwig Most*

# BLVN auf der Didacta

**Auf der diesjährigen Didacta informierten sich 72 000 Besucher an fünf Tagen auf Foren und bei 750 Ausstellern.**

Der Stand des BLVN wurde von vielen Lehrkräften besucht, einen großen Anklang fand Peter Weers, der viele Ratsuchende umfangreich zu ihrer zu erwartenden Pension informierte, ihnen sogar die ungefähre Pensionshöhe abschätzte. Mitarbeiter der Landesschulbehörde, des Ministeriums und des Bundesinstitutes für Berufsbildung statteten uns ihren Besuch ab. Intensiv diskutiert wurde das Thema der beruflichen Bildung im europäischen Kontext. Allgemeiner Tenor war, dass die Berufsbildende Schule mit ihren beiden (dualen) Lernorten, der Fachpraxis und der Fachtheorie, als vorbildliches Modell für Europa gesehen wurde. Der Name Prof. Hattie fiel immer wieder an unserem Stand. Die Ergebnisse seiner wissenschaftlichen Studien wurden als Aufforderung gesehen, das Erfolgsmodell BBS mit seiner Handlungsorientierung nach Europa zu tragen.

Darüber hinaus war eine Abordnung eines chinesischen Konzerns eine längere Zeit an unserem Stand. Man interessierte sich für das Konzept der beruflichen Bildung. Im Verlauf des Gesprächs stellte sich heraus, dass der Konzern ein großes Berufsbildungszentrum in China baut und dafür deutsche Berufsschullehrer im Bereich Metall- und Elektrotechnik sucht.

Heinz Ameskamp (Vorsitzender des BLV Niedersachsen) und Stefan Nowatschin (stellvertretender Vorsitzender des BLBS Bund) hielten Vorträge auf den Foren, ihre Themen, wie auch andere der beruflichen Bildung, übten eine besondere Anziehungskraft aus und wurden gut besucht.

Die Didacta als weltgrößte Bildungsmesse war auch 2015 der Marktplatz für die wichtigste Ressource Deutschlands. Freuen wir uns auf die nächste Didacta in Köln. Sie findet dort vom 16. bis 20. Februar 2016 statt.

*Bernd Wübbenhorst*

## Aus den Bezirks-/Ortsverbänden

### IHK zu Gast bei Kohlessen des Bezirks Oldenburg

**Am 26. Februar 2015 fand im Bümmersteder Krug in Oldenburg eine Mitgliederversammlung des BLVN-Bezirks Oldenburg statt. Zu dieser Veranstaltung war als Referent Dr. Thomas Hildebrandt, Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Oldenburg, geladen. Dr. Hildebrandt berichtete über die Ausbildungssituation im Bezirk der IHK Oldenburg und die Position der Kammer zum gegenwärtigen Stand der Berufsbildungspolitik.**

Die Zahl der Ausbildungsverträge sei seit 2001 kontinuierlich auf 4 414 (Stand Dezember 2014) gestiegen. Von einem Rückgang der Ausbildungsverträge könne keine Rede sein, es werde aber zunehmend schwieriger, gut qualifizierte Auszubildende zu finden, da der Trend, ein Abitur anzustreben und zu studieren, weiter anhalte. So liege der Anteil der Ausbildungsanfänger mit Abitur oder Fachhochschulreife derzeit bei 13 Prozent, habe jedoch früher auch schon bei 20 Prozent gelegen. Es sei daher nötig, die Attraktivität der Ausbildung zu steigern. Verdanken könne man den Eltern und Jugendlichen den Wunsch, ein Abitur und ein Studium anzustreben, aber nicht.

Die IHK befürwortet nach der Schule den direkten Einstieg junger Menschen in die Berufsausbildung, sieht jedoch auch, dass es eine

Reihe von Jugendlichen gibt, die Defizite im Lern- und Arbeitsverhalten zeigen. Für diese Schüler sei der Besuch einer Berufsfachschule vor dem Eintritt in die Ausbildung sinnvoll.

Um auch kleinere Betriebe für gut qualifizierte Jugendliche attraktiv zu halten und ihnen so in der Region eine Zukunft zu geben, müssen Ausbildungsangebote entwickelt werden, die den Bedürfnissen dieser jungen Leute entgegenkommen. So wäre zum Beispiel ein Einstieg der Berufsschulen in das duale Studium denkbar.

Im Anschluss an den Vortrag von Dr. Hildebrandt berichtete der BLVN-Landesvorsitzende Heinz Ameskamp über die Arbeit des Landesverbandes. So gebe es zum Beispiel im „Bündnis duale Ausbildung“ erste Ergebnisse. Auch werde es für bestimmte Bachelorabschlüsse die Möglichkeit geben, mit dem anschließenden Erwerb von Zusatzqualifikationen in die Berufsschullehrerlaufbahn eintreten zu können. Die Mitgliederversammlung schloss nach einem Bericht des Kassenwartes, dem Bericht der Kassenprüfer und der Entlastung des Vorstandes durch die Mitgliederversammlung mit einem gemeinsamen Kohlessen und einem regen Gedankenaustausch der anwesenden Kollegen.

*Gerda Neumeister*



Der Landesvorsitzende Heinz Ameskamp berichtet über die Arbeit des Landesverbandes.



Die Bezirksvorsitzende Gerda Neumeister bedankt sich bei Dr. Hildebrandt von der IHK Oldenburg für den interessanten Vortrag.

# Mitgliederversammlung der BLVN-Ortsgruppe Meppen

Die neuen Altersteilzeitmodelle waren das Hauptthema der Mitgliederversammlung der BLVN-Ortsgruppe Meppen. Ortsvorsitzer Dieter Voges konnte als Referentin Frau Berta Mensen-Weering vom Schulbezirkspersonalrat Weser-Ems begrüßen. Leider lassen die neuen Modelle viele Wünsche offen. Für den Antragsteller ist die Unterrichtsverpflichtung der letzten drei Dienstjahre die Ausgangsbasis. Dabei spielt es eine Rolle, ob die Stundenzahl im Laufe dieser Zeit geändert wurde. Bei einer Aufstockung zählt der Mittelwert, bei einer Reduzierung der letzte und geringste Wert. Falls jemand überlegt, ob für ihn Altersteilzeit infrage kommt, sollte er vorab eine Berechnung vom Landesamt für Bezüge und Besoldung

vornehmen lassen. Denn die Modelle gelten bis zum Ende der Dienstzeit und es gibt kein Zurück. Der Zuschlag von zehn Prozent auf die Vergütung wird zumindest zunächst steuerfrei gewährt. Es ist nicht sicher, dass diese Begünstigung auf Dauer bleibt. Dr. Gerhard Over vom Landesvorstand berichtete über landespolitische Themen und Wolfgang Albers vom Schulpersonalrat ging auf schulische Gegebenheiten ein. Als Seniorenvertreter kündigte Theo Gerken an, dass jetzt regelmäßige Treffen für die Ruheständler stattfinden werden. Die Veranstaltung schloss in geselliger Runde mit einem mongolischen Büffett ab.

*Dr. Gerhard Over*

## Informationen für Frauen

### Entwurf der Neufassung des Niedersächsischen Gleichberechtigungsgesetzes (NGG)

**Am 8. Dezember 2014 wurde der Landesregierung der vierte Bericht über die Durchführung des Niedersächsischen Gleichberechtigungsgesetzes vorgelegt. Der Bericht belegt, dass Frauen zwar mehr als die Hälfte aller Beschäftigten im öffentlichen Dienst stellen, in Führungspositionen jedoch immer noch unterrepräsentiert sind.**

Die Absicht der Landesregierung ist es, mit der Neufassung des Gesetzes Regelungen zu schaffen, „die es erleichtern werden, die Gleichstellung im öffentlichen Dienst weiter voranzubringen“.

Zurzeit befindet sich der Entwurf der Neufassung des Gesetzes noch in der Ressortanhörung der Landesministerien, welches bedeutet, dass von Verbänden und Gewerkschaften noch keine Stellungnahmen eingefordert worden sind.

Als Landesfrauenvertretung des Verbandes sind folgende Forderungen an die Neufassung des NGGs vorstellbar:

- der Gleichstellungsplan soll ein verbindliches Personalplanungsinstrument sein
- Stärkung der Stellung der Gleichstellungsbeauftragten und ihrer Rechte
- Klagerecht der Gleichstellungsbeauftragten in Stellvertretung für Betroffene
- ein effektiveres Widerspruchsrecht der Gleichstellungsbeauftragten
- konkret formulierte Kontroll-, Anreiz- und Sanktionsmechanismen durch das NGG.

Der Weg zu einer effektiveren Chancengerechtigkeit führt, meiner Auffassung nach, nur über ein Gesetz mit effektiveren Instrumenten und einer konkreten Normierung von Sanktionen.

*Marion Weilke-Gause*

### Fortbildung „Arbeitsrecht im Hinblick auf Frauen“

**17 Personalrätinnen und Gleichstellungsbeauftragte aus ganz Niedersachsen nahmen an der Veranstaltung „Arbeitsrecht im Hinblick auf Frauen“ in der Akademie des Sports in Hannover teil.**



Foto: privat

*Ingeborg Rehkater, Linda Spang, Petra Sachse (von links)*

Zwei Tage wurden die Teilnehmerinnen über die Anwendung des NGG und AGG, Themen wie Elternzeit und Mutterschutz, befristete Arbeitsverträge und Teilzeit, sexuelle Belästigung und Mobbing durch Frau Petra Woocker, Fachanwältin für Arbeitsrecht, geschult. In Diskussionen und durch die ergänzenden Beiträge der teilnehmenden Bezirkspersonalrätinnen wurde der Bezug zur beruflichen Praxis hergestellt, der verdeutlichte, dass die Zusammenarbeit zwischen Personalrätin und Gleichstellungsbeauftragter durchaus möglich und auch förderlich sein kann. Diskussionsgrundlage war auch die aktuelle Neufassung des Niedersächsischen Gleichberechtigungsgesetzes (NGG). Zielsetzung der Fortbildung war es deshalb auch, ein Netzwerk und den Informationsaustausch zwischen Personalrätinnen und Gleichstellungsbeauftragten anzuregen und zu fördern. Eine weitere Fortbildung mit dem Schwerpunkt Frauenarbeitsrecht im Zusammenhang mit dem Beamtenrecht ist deshalb für den kommenden Herbst geplant.

*Marion Weilke-Gause*



Studien- und Besichtigungsreise für die BLVN-Senioren vom 27. Mai bis 1. Juni 2015

## Frankfurt – Taunus – Odenwald – Rheingau

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Tradition der seit 1980 veranstalteten Studien- und Besichtigungsfahrten der Senioren unseres Verbandes soll auch 2015 fortgesetzt werden. Wir würden es sehr begrüßen, wenn sich noch mehr und auch jüngere Kolleginnen und Kollegen und auch Nichtmitglieder zur Teilnahme entschließen könnten und sich beim Reiseveranstalter „Go! Reisen GmbH, Bremer Str. 1, 28832 Achim, Ansprechpartner Herr Wurps“ anmelden. Zudem bitten wir um Werbung in Ihrer Bekanntheit.

Im letzten Jahr wurden Frankfurt und die Taunus-Odenwald-Rheingau-Region als diesjähriges Wunschzentrum ausgewählt. Die Fahrt wird seniorengerecht im modernen Reisebus und unter Begleitung eines qualifizierten örtlichen Reiseleiters durchgeführt. Bei Zusteigemöglichkeiten in Leer, Oldenburg, Bremen und Hannover erwartet Sie ein festes Standquartier im 4-Sterne-Hotel zentral in Frankfurt, eine der grünsten Großstädte Deutschlands.

Auf einer/-m geführten Stadtrundfahrt/-gang erleben Sie neben dem Bankenviertel, der Zeil, Alt Sachsenhausen und dem Römer auch unbekanntere Kleinode wie die Kleinmarkthalle und viel mehr. Am Nachmittag ist nach Wunsch der Gäste der Besuch von zwei Museen am Museumsufer geplant.

Ziel des nächsten Tages ist der Rheingau. Eltville, mit der im 14. Jahrhundert erbauten Burg, ist das erste Highlight. Die Zisterzienserabtei Kloster Eberbach, vielen bekannt aus dem Film „Der Name der Rose“ mit Sean Connery ist nur drei Kilometer entfernt. Flussabwärts gibt es in Rüdesheim vieles zu entdecken. Die Seilbahn lockt zum Niederwalddenkmal. Von Assmannshausen geht es per Schiff durch den landschaftlich schönsten Teil des Rheintals nach St. Goarshausen, vorbei an kleinen Weindörfern und unzähligen Burgen. Der folgende Tag ist „Bädertag“. Vom Staatsbad Nauheim mit seinen gut erhaltenen Jugendstilbauten und den ausge dehnten Gradierwerken geht es vorbei am Rosenmuseum Steinfurt und der Saalburg – einem alten Römerkastell – nach Bad Homburg mit Landgräflichem Schloss und Kaiser-Friedrich-Promenade im Kurpark im englischen Stil. Den Tagesabschluss bildet Bad Soden im Taunus mit seinen Thermalquellen, drei Kurparks und dem Hun-

dertwasserhaus. Der letzte Tag vor der Rückreise ist wieder Frankfurt gewidmet, dem „Mainhattan“, seinen Stadtvierteln und Sehenswürdigkeiten. Im Palmengarten erleben wir die faszinierende Vielfalt der botanischen Welt; neben Tropicarium, Subantarktis-haus, Blütenhaus erfreut hier auf 200 Quadratmeter Fläche ein großes Blumenmeer den Betrachter. Über das IG-Farben-Haus – heute Teil der Johann Wolfgang Goethe-Universität – geht es nach Bornheim, Heimat von einem Dutzend Karnevalsvereinen. Historische Gasthäuser mit Frankfurter Spezialitäten laden zu „Handkäs mit Musigg“ ein, Alt Sachsenhausen zu original „Äbbelwoi“ (Apfelwein) und „grie Soß“. Am Main, dessen kilometerlange Uferanlagen mit atemberaubendem Blick auf die Hochhaus-Skyline den Menschen als innerstädtisches Naherholungsgebiet dienen, liegen 13 Museen wie auf einer Perlenkette, so das Städel Museum, das Deutsche Filmmuseum, das Liebighaus, das Museum für Angewandte Kunst oder das Museum für Weltkulturen. Vorbei an den prachtvollen Bürgervillen im Frankfurter Westen geht es zurück zum Hotel. Am nächsten Tag folgt die Rückreise.

Im Preis (890 Euro /Person + Zuschläge) sind eingeschlossen:

- Fahrt im modernen Reisebus
- 5 Übernachtungen im 4-Sterne-Hotel Mövenpick im Doppelzimmer, Bad bzw. Dusche/WC
- 5 x Frühstücksbüfett
- 5 x Abendessen, davon 1 x in einem typischen Apfelweinrestaurant
- Umfangreiches Ausflugs- und Besichtigungsprogramm, jeweils in Begleitung eines qualifizierten örtlichen Reiseleiters
- alle anfallenden Eintrittsgelder inklusive Schifffahrt.

Nähere Auskunft beim Reiseveranstalter:

Go! Reisen GmbH, Bremer Str. 1, 28832 Achim, [www.blv-nds.de/pdfs/2015/150309\\_senioren\\_studienreise.pdf](http://www.blv-nds.de/pdfs/2015/150309_senioren_studienreise.pdf) oder über Ludwig Most, Telefon: 0 47 61-92 23 93

Mindestteilnehmerzahl: 15 Personen

Ludwig Most

## Regelaltersrente – Später Rente beziehen bringt mehr Geld

### Bezug: Rundbrief Nr. 76

**Inhaltlich ist soweit alles richtig, und man könnte meinen, dass das Verschieben des Rentenbezugs generell monatlich mehr Geld bringt.**

**Beispiel:** Betrag der Altersrente ist 800 Euro. Die Regelaltersrente wird nach Vollendung des 67. Lebensjahres (zwei Jahre später) beantragt. Sie erhöht sich ab dann somit um zwölf Prozent, weil die Rente für zwei Jahre nicht in Anspruch genommen wurde. Sie beträgt jetzt, also zwei Jahre später, 800 Euro + zwölf Prozent = 896 Euro. Dem Zuschlag von monatlich 96 Euro stehen jedoch 19 200 Euro (24 x 800 Euro) für zwei Jahre nicht bezogener Altersrente ge-

genüber. Für einen finanziellen Ausgleich wären 200 Monate (200 x 96 Euro) an Rentenbezug erforderlich. Von einer Rendite infolge des Zuschlags könnte in etwa erst ab dem 82. Lebensjahr gesprochen werden. Ein Hinausschieben der Rentenzahlung zugunsten des Zuschlages erscheint daher grundsätzlich nicht sinnvoll.

**Hinweis:** Wer das 65. Lebensjahr vollendet hat und keinen Rentenanspruch erworben hat, kann sich die eingezahlten Beiträge erstatten lassen.

Aus Rundbrief Nr. 78, März 2015

Quelle: Informationsportal – Soziale Altersvorsorge

# Rentenminderung bei vorzeitiger Inanspruchnahme einer Rente

Nach gesetzlicher Zielsetzung sollen Altersrenten erst von der Vollendung des 65. beziehungsweise 67. Lebensjahres an beginnen (regulärer Rentenbeginn).

Es besteht jedoch die Möglichkeit, die Rente vorzeitig in Anspruch zu nehmen. In diesen Fällen kann sich die Rente für jeden Monat der vorzeitigen Inanspruchnahme um 0,3 Prozent mindern. Die Rentenminderung bei einer vorzeitigen Inanspruchnahme wirkt sich auf den gesamten zukünftigen Rentenbezug aus. Das hat zur Folge, dass die Rente auch nach Vollendung des 67. Lebensjahres und bei nachfolgenden Hinterbliebenenrenten gekürzt wird.

Der reguläre Rentenbeginn ist bei

- Altersrenten wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeitarbeit, für Frauen und für langjährig Versicherte der Monat nach Vollendung des 67. Lebensjahres.
- Altersrenten für Schwerbehinderte der Monat nach Vollendung des 63. Lebensjahres.

Der frühestmögliche Rentenbeginn ist bei

- Altersrenten wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeitarbeit, für Frauen und für Schwerbehinderte der Monat nach Vollendung des 60. Lebensjahres.
- Altersrenten für langjährig Versicherte der Monat nach Vollendung des 63. Lebensjahres.

**Beispiel:** Ein Versicherter ist am 16. Oktober 1944 geboren und möchte mit Vollendung des 60. Lebensjahres ab 1. November 2004 eine Altersrente wegen Arbeitslosigkeit beziehen. Eine ungekürzte Altersrente würde 1 200 Euro betragen. Der reguläre Rentenbeginn wäre der 1. November 2009 (Monat nach Vollendung des 65. Lebensjahres). Die Rente wird also 60 Monate vorzeitig in Anspruch genommen. Sie ist daher um 18 Prozent (60 x 0,3 Prozent) zu mindern.

Aus Rundbrief Nr. 78, März 2015

Quelle: Informationsportal – Soziale Altersvorsorge

## Wir informieren

### Landesregierung verpasst Ziel komplett – Besoldungsgesetzentwurf ohne innovativen Ansatz

„Wir sind enttäuscht darüber, dass mit dem Entwurf eines eigenständigen Niedersächsischen Besoldungsgesetzes das notwendige Ziel komplett verpasst wird, die Wettbewerbsfähigkeit, Qualität und Attraktivität des gesamten öffentlichen Dienstes in Niedersachsen zu stärken. Er ist kein Startsignal für den Wettbewerb um die besten Kräfte, dem sich unser Land bereits zu stellen hat und deutlich verstärkt in den kommenden Jahren stellen muss. Wir haben deshalb in unserer Stellungnahme auch deutlich gemacht, dass wir diesen Gesetzentwurf am langen Ende nur als einen gelungenen technischen Gesetzentwurf ansehen, der die unübersichtliche Rechtslage zusammenführt und zwingende rechtliche Vorgaben umsetzt. Das ist aber deutlich zu wenig, denn wir brauchen einen innovativen Gesetzentwurf, darüber können auch gewisse richtige Ansätze nicht hinwegtäuschen. Wir setzen jetzt auf die Bera-

tungen im Niedersächsischen Landtag, der sich seiner Verantwortung für den Erhalt einer hoch qualifizierten Landes- und Kommunalverwaltung nicht entziehen darf“, so der NBB-Landesvorsitzende Friedhelm Schäfer am 27. Februar in Hannover.

Schäfer weiter: „Notwendig sind unter anderem Verbesserungen bei der Wertigkeit der Einstiegsämter, deutliche Erhöhungen der Anwärterbezüge und die Veränderung der Besoldungstabelle mit dem Ziel, zu Beginn der Beamtenlaufbahn eine erkennbar bessere Besoldungssituation zu haben als bisher, ohne dabei an der geltenden Höhe der Endbesoldung Veränderungen herbeizuführen. Übrigens alles Forderungen, die den Landeshaushalt nicht überfordern.“

NBB, 27. Februar 2015

### CDU: Zukunftskonzepte gegen den Fachkräftemangel umsetzen

(rb) Hannover. Die CDU-Landtagsfraktion hat einen umfangreichen Antrag zur beruflichen Bildung formuliert, der demnächst im Kultusausschuss beraten wird und den Druck auf die rot-grünen Koalitionäre erhöhen soll, „tragfähige Zukunftskonzepte“ umzusetzen. Dazu zählt die CDU die konsequente Anwendung und Fortentwicklung der ProReKo-Erfahrungen, insbesondere den Ausbau der Berufsbildenden Schulen (BBS) zu Regionalen Kompetenzzentren. Zudem sollen die BBS wieder eigenständig ihre Stellen bewirtschaften dürfen sowie die Kooperationen mit anderen Schulformen, aber auch mit der Wirtschaft vertieft werden. Imagekampagnen von Handwerkskammer und

Berufsverbänden müssten stärker unterstützt, das sogenannte Übergangssystem sowie die Lerninhalte der BBS-Bildungsgänge weiterentwickelt werden, sodass deren Inhalte in der weiteren Ausbildung anerkannt würden. Darüber hinaus drängt die CDU auf eine Evaluation der niedersächsischen Förderprogramme für die berufliche Bildung, auf ein Konzept gegen den Lehrermangel und für mehr Führungskräfte an den BBS, den Erhalt von Qualitätsstandards in der schulischen und betrieblichen Ausbildung sowie auf die Einführung eines „Freiwilligen Handwerklichen Jahres“.

Aus Rundblick Nr 55 vom 20. März 2015

# Land soll beamteten Lehrern die Bücher bezahlen – Wer muss für das Unterrichtsmaterial aufkommen?

## Eine Pädagogin siegt vor dem Verwaltungsgericht

**Der Streitwert war gering: Es ging um 51 Euro. Doch das jüngste Urteil des Verwaltungsgerichtes Stade zur Klage einer beamteten Lehrerin an einem Gymnasium in Buxtehude könnte weitreichende Folgen haben. Denn die Frage, wer eigentlich für die Unterrichtsmaterialien der 85 000 beamteten Lehrkräfte in Niedersachsen aufkommt, ist nicht hinlänglich geklärt. Eine Sprecherin der Landesschulbehörde bestätigte, dass es über diese Frage immer wieder zu Prozessen komme. Diese Woche gab das Verwaltungsgericht Stade der Gymnasiallehrerin recht, die die Kosten für zwei Schulbücher vom Land erstattet bekommen wollte.**

Die Lehrerin hatte zwei Schulbücher selbst angeschafft, die sie für den Deutschunterricht benötigte. Sie hatte die Bücher kurzfristig gekauft, weil sie erst einen Tag vor Schulbeginn erfuhr, in welchen Klassen sie Deutsch unterrichten sollte. Doch als sie das Geld von der Schulbehörde zurückerstattet bekommen wollte, verweigerte die Behörde die Auszahlung. Schließlich sei der örtliche Schulträger für die Sachkosten zuständig, während das Land nur für die

Personalkosten aufkomme, hieß es. Und zu denen zählten Schulbücher nun einmal nicht.

Doch das Verwaltungsgericht warf die Frage jetzt erneut auf: Wer hat für die Kosten der Unterrichtsmaterialien aufzukommen? Das Gericht befand, dass diese Frage jedenfalls nicht auf dem Rücken der Lehrer ausgetragen werden darf.

Die beklagte Landesschulbehörde will zu dem konkreten Fall nichts sagen. „Wir müssen erst einmal die Urteilsbegründung lesen“, erläutert Ann-Christin Malorny. So äußert sich auch ein Sprecher des Kultusministeriums. Möglicherweise gehe man in Revision vor das Oberverwaltungsgericht.

Das kann dauern. Das Land hat einfach Angst vor den Kosten. Bei 85 000 Lehrern und circa 250 Euro Buchkosten jährlich pro Lehrer kommen schnell 21 Millionen zusammen.

*Quelle: Newsletter Nr. 63, März 2015*

## Immer mehr Azubis sammeln Auslandserfahrung

### 18 000 junge Menschen in Ausbildung nutzen 2014 Erasmus+ Wanka: „Internationale Erfahrung in der Berufsbildung selbstverständlich machen“

**Immer mehr Auszubildende in Deutschland nutzen das neue europäische Bildungsprogramm Erasmus+, um während der Ausbildung ins Ausland zu gehen. Nach Angaben der Nationalen Agentur beim Bundesinstitut für Berufsbildung (NA beim BIBB) ist ihre Anzahl 2014 deutlich gestiegen. Knapp 18 000 junge Menschen haben 2014 während ihrer Ausbildung einen Auslandsaufenthalt in einem der 33 am Programm teilnehmenden europäischen Staaten durchgeführt. Dies sind 2 000 beziehungsweise 12,5 Prozent mehr als im Vorjahr. Spitzenreiter unter den Bundesländern ist Nordrhein-Westfalen mit knapp 4 300 Stipendiaten, gefolgt von Bayern mit rund 2 800 bewilligten Stipendiaten. Damit setzt sich der starke Anstieg der Auslandsaufenthalte in der Berufsbildung auch im Jahr 2014 fort.**

„Erasmus+ ist eine Erfolgsgeschichte gerade auch für Azubis“, sagte Bundesbildungsministerin Johanna Wanka. „Wir wollen weiter daran arbeiten, dass Auslandsaufenthalte während der Ausbildung in Zukunft so selbstverständlich werden wie während des Studiums. Erasmus+ macht Betrieben wie Jugendlichen ein sehr attraktives Angebot. Sie sollten die Chancen ergreifen, die ihnen Europa bietet.“

Die beliebtesten Zielländer bei den deutschen Azubis waren 2014 Großbritannien mit rund 7 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, gefolgt von Spanien (circa 1 700), Frankreich (990) und Irland (970). Die Höhe des Zuschusses für die Auslandsaufenthalte orientiert sich an zwei Aspekten, den Fahrtkosten und tatsächlichen Lebenshaltungskosten im Gastland. Für die Betriebe werden zudem die Vorbereitung der Teilnehmenden und die Organisation des Auslandseinsatzes übernommen. Mit diesem Angebot ist es gelungen, das Interesse bei Auszubildenden und Betrieben für eine Auslandsstation deutlich zu steigern und dies bereits im ersten Jahr der Einführung von Erasmus+.

Die Zahl der Auslandsaufenthalte in der Berufsausbildung zu erhöhen ist ein bildungspolitisches Ziel der Bundesregierung: Im Koalitionsvertrag wird eine Verdoppelung der Mobilität von Auszubildenden bis 2017 angestrebt, und der Bundestag hat im Jahr 2013 empfohlen, den Anteil international mobiler Auszubildender bis zum Jahr 2020 auf zehn Prozent zu steigern. Die Zielmarke der europäischen Union liegt bei sechs Prozent bis 2020. Derzeit absolvieren über vier Prozent der Auszubildenden in Deutschland einen Auslandsaufenthalt.

Im vergangenen Jahr ist auch die Zahl der Ausbilder und Berufsschullehrerinnen und -lehrern gestiegen, die mit Erasmus+ mobil waren, auf fast 4 000. Diese Zahl umfasst auch Begleitpersonen. Insgesamt wurden damit in Deutschland rund 22 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer in der beruflichen Bildung durch Erasmus+ gefördert.

Erasmus+ ist das Programm für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport der Europäischen Union. Bis 2020 stehen insgesamt knapp 14,8 Milliarden Euro für die Qualifikation und Beschäftigungsfähigkeit von mehr als vier Millionen Menschen in den 33 teilnehmenden Staaten in Europa zur Verfügung. Zwei Drittel des Gesamtbudgets sind für Bildungsmöglichkeiten von Lernenden im Ausland vorgesehen. Im Bereich der Berufsbildung unterstützt das Programm unter anderem Lernaufenthalte im europäischen Ausland für Auszubildende und andere Lernende in Aus- und Weiterbildungsgängen sowie für das Bildungspersonal.

Weitere Informationen:

<http://www.bmbf.de/de/23124.php>

[www.erasmusplus.de](http://www.erasmusplus.de)

[www.na-bibb.de](http://www.na-bibb.de)

[http://ec.europa.eu/programmes/erasmus-plus/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/programmes/erasmus-plus/index_de.htm)



# Persönliches

Die Redaktion bittet die Mitglieder, deren Namen nicht bei den Geburtstagen genannt werden sollen, dieses in der Geschäftsstelle des BLVN anzumelden (Kontaktdata: siehe Impressum)

## Wir gratulieren

Nachname	Vorname	Ortsverband	Geburtsdatum	Nachname	Vorname	Ortsverband	Geburtsdatum
<b>60 Jahre</b>				<b>82 Jahre</b>			
Völler	Peter	Papenburg	15.04.1955	Oehr	Erich	Stade	03.04.1933
Gußmann	Marion	Nienburg	21.04.1955	Pannek	Hannelore	Wilhelmshaven	15.04.1933
Schobert	Tido	Emden	28.04.1955	Huslage	Maria	Cloppenburg	25.04.1933
Schimmweg	Wilfried	Osnabrück-Westerberg	01.05.1955	Völpe	Gerhard	Braunschweig II	25.06.1933
Uchtmann	Rita	Vechna	02.05.1955	<b>83 Jahre</b>			
Pölkling-Oefselmann	Mechthild	Lingen	08.05.1955	Sieverding, gr.	Maria	Vechna	14.04.1932
Grote	Ulrike	Cloppenburg	10.05.1955	Wagenleiter	Gerhard	P Hannover	13.05.1932
Niedenthal	Dorothee	Celle	13.05.1955	Petering	Rolf	P Osnabrück	14.06.1932
Bade	Krimhilde	Dannenberg	23.05.1955	Vennekamp	Albert	Lingen	23.06.1932
Brüggemann	Eckhard	Lüneburg	27.05.1955	<b>84 Jahre</b>			
Wied-Melching	Christa	Holzminde	28.05.1955	Preut	Dr. Heinrich	Cloppenburg	02.04.1931
Juricke	Christina	Wesermarsch	04.06.1955	Haasche	Elisabeth	Aurich	05.04.1931
Rieckmann	Eckhard	Lüneburg	06.06.1955	Patyna	Hans-Dietrich	Winsen	22.04.1931
Hannebrook	Herbert	Delmenhorst	14.06.1955	Jöhren	Gerd	Wolfsburg	19.06.1931
Böwer	Aloys	Osnabrück-Westerberg	14.06.1955	Hartz	Antonius	Lingen	22.06.1931
Cordes	Hilke	Lüneburg	25.06.1955	<b>85 Jahre</b>			
Toppel	Karin	Peine	28.06.1955	Brötje	Gerda	Goslar	27.04.1930
<b>65 Jahre</b>				Hanke	Götz	Braunschweig II	15.05.1930
Brennecke	Eckhard	Nienburg	15.04.1950	Tonne	Hanna	P Hannover	29.06.1930
Schröder	Petrina	Hamel	20.04.1950	<b>86 Jahre</b>			
Schneider	Heinz	Wolfsburg	20.04.1950	Olbrich	Wilhelm	P Osnabrück	04.04.1929
Fredrich	Egon	Stadthagen	29.04.1950	Vallo	Alfons	Diepholz	28.04.1929
Huschka	Manfred	Hildesheim	01.05.1950	Spaltner	Gerhard	P Hannover	06.05.1929
Germann	Hildegard	Friesoythe	20.05.1950	Hollwege	Walter	Norden	31.05.1929
Siebels	Gerhard	Wittmund	22.05.1950	<b>87 Jahre</b>			
Broszeit	Erwin	Leer	23.05.1950	Gorney	Horst	Osterholz-Scharmbeck	17.06.1928
Thümmel	Bernd	Braunschweig II	26.05.1950	<b>88 Jahre</b>			
Speckjohann	Ferdinand	Osnabrück-Melle	26.05.1950	Bantje	Werner	Alfeld	17.04.1927
Wachtmann	Carl-Detlef	Delmenhorst	31.05.1950	Bellin	Christoph	Gißhorn	17.04.1927
Schäfer	Hans-Joachim	Osnabrück-Melle	31.05.1950	Flerlage	Josef	Cloppenburg	02.05.1927
Burmester-Müller	Marianne	Uelzen	15.06.1950	Scheessel	Rosemarie	Northeim	20.06.1927
Eilers	Maria	Friesoythe	22.06.1950	<b>89 Jahre</b>			
<b>70 Jahre</b>				Schmidt	Jürgen	Hannover ME	12.04.1926
Bergholz	Bruno	Verden	11.04.1945	<b>90 Jahre</b>			
Jacobs	Hartmut	Delmenhorst	18.04.1945	Sextroh	Gisela	Oldenburg	06.04.1925
Kannenberg	Irene	Papenburg	24.04.1945	Schmied	Willi	Winsen	07.04.1925
Dünhöft	Bernhard	Papenburg	26.04.1945	Möhle	Imtraut	Syke	21.05.1925
Höchstädter	Konrad-Christian	Osterode	02.05.1945	Siart	Sigmund	Hamel	19.06.1925
Sandfort	Hans-Dieter	Hannover 3	16.05.1945	<b>91 Jahre</b>			
Siemer	Heinz	Papenburg	03.06.1945	Witte	Gisela	Peine	26.04.1924
Lüke	Manfred	Wildeshausen	25.06.1945	Ahrens	Ewald	Bersenbrück	11.05.1924
<b>75 Jahre</b>				<b>92 Jahre</b>			
Köhn	Hans-Georg	Aurich	25.04.1940	Wilpert	Anneliese	Hannover 7	04.06.1923
Zabel	Gerte-Ute	Stade	26.04.1940	<b>93 Jahre</b>			
Grebbin	Gisela	Hildesheim	10.05.1940	Heiland	Robert	Lüneburg	11.04.1922
Müller	Hans-Jörg	Hannover 2	28.05.1940	Stefanowski	Lotte	P Stade	05.06.1922
<b>80 Jahre</b>				<b>94 Jahre</b>			
Steinkamp	Almut	Bersenbrück	04.04.1935	Walter	Ursel	Hannover 7	04.05.1921
Klink	Heinz-Dieter	Alfeld	06.04.1935	Isenbeck	Johanna	Bersenbrück	18.05.1921
Quak	Günter	Nienburg	19.04.1935	Fiola	Siegbert	Alfeld	25.05.1921
Kayser	Wilfried	P Hannover	09.05.1935	Krause	Werner	Varel	07.06.1921
Petersen	Christian	Hannover JvL	15.05.1935	<b>95 Jahre</b>			
Grabau	Jürgen	Emden	20.05.1935	Wippich	Kurt	Hannover 2	25.04.1920
Paulmann	Ruth	P Hannover	08.06.1935	<b>96 Jahre</b>			
Freericks	Johannes	Papenburg	14.06.1935	Hein	Heino	Oldenburg	30.05.1919
<b>81 Jahre</b>				<b>100 Jahre</b>			
Palandt	Gustav	Salzgitter	02.04.1934	Haas	Anneliese	Ammerland	22.04.1915
Heise	Friedrich	Hannover 3	10.04.1934				
Janßen	Günter	P Hannover	17.05.1934				
Lend	Hermann	Rinteln	18.05.1934				
Ziebold	Lothar	Cloppenburg	28.05.1934				
Hartmann	Fred	Hannover ME	05.06.1934				
Pelz	Otto	Lüneburg	09.06.1934				
Krebs	Hans	Meppen	21.06.1934				
Biastoch	Friedrich	Wolfsburg	24.06.1934				
Schulz	Dr. Gerhard	Lüneburg	26.06.1934				

## Wir gedenken

Verstorben	Geburtsdatum	Nachname	Vorname	Bezirk	Ortsverband	Titel
30.11.2014	10.03.1970	Möllering	Matthias	Osnabrück	Einzelmitglied	OSTD/Sem.
16.02.2015	28.07.1941	Hoyer	Dr. Hermann	Hannover-Süd	Rinteln	OSTR a.D.
22.02.2015	05.11.1922	Lüders	Gerhard	Hannover	Hannover 3	OSTR a.D.
02.03.2015	11.02.1930	Wacker	Justus	Lüneburg	Lüneburg	OSTD a.D.
19.03.2015	18.11.1928	Knopf	Helmut	Braunschweig	Wolfenbüttel	StD a.D.
08.04.2015	20.12.1938	Heise	Ditmar	Lüneburg	Celle	StD a.D.

Foto: MEV

Bundesweit für Sie da: Mit Direktbank und wachsendem Filialnetz.

## Für mich: das kostenfreie Bezügekonto<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Voraussetzung: Bezügekonto; Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied

Banken gibt es viele. Aber die BBBank ist die einzige bundesweit tätige genossenschaftliche Privatkundenbank, die Beamten und Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes einzigartige Angebote macht. Zum Beispiel das Bezügekonto mit kostenfreier Kontoführung.<sup>1)</sup>

### Vorteil für dbb-Mitglieder:

- 30,- Euro Startguthaben über das dbb vorsorgewerk

Informieren Sie sich jetzt über die **vielen speziellen Vorteile** Ihres neuen Kontos für Beschäftigte im öffentlichen Dienst:  
Tel. 0 800/40 60 40 160 (kostenfrei) oder [www.bezuegekonto.de](http://www.bezuegekonto.de)

**BBBank eG**  
Direktbank, 76119 Karlsruhe  
Tel. 07 21/141-23 09, Fax 07 21/141-23 08  
E-Mail [direktbank@bbbank.de](mailto:direktbank@bbbank.de)



 **dbb  
vorsorgewerk**  
günstig • fair • nah

**BB**  **Bank**

Die Bank für Beamte  
und den öffentlichen Dienst